

Überstürzt, untauglich und teuer – deshalb am 18. Juni NEIN zum Stromfresser-Gesetz

Das Bundesgesetz über den Klimaschutz (KIG) ist ein idealistisches Projekt, welches keine konkreten Antworten darauf gibt, wie die darin formulierten Ziele erreicht werden sollen. Das sogenannte «Stromfresser-Gesetz» erhöht den Strombedarf, verschlechtert die Versorgungssicherheit und verteuert das Wohnen für alle. Sogar Hauseigentümer, Stockwerkeigentümer und Mieter, die bereits heute mit erneuerbarer Energie heizen, müssen – im Falle einer Annahme dieses Gesetzes – mit massiv teureren Strompreisen und Blackouts rechnen.

Von Hans Egloff, alt Nationalrat und Präsident HEV Schweiz

Der Hauseigentümerverband und seine Mitglieder unterstützen grundsätzlich die Klimastrategie 2050 und damit verbundene sinnvolle und zielführende Massnahmen. So wurden in den letzten 30 Jahren die Treibhausgasemissionen im Bereich der Haushalte – trotz Zunahme der Wohnbevölkerung und des Wohnflächenverbrauchs – um 39 Prozent reduziert. Damit weist der Gebäudebereich 2020 relativ und in absoluten Zahlen die stärkste Absenkung der Treibhausgase über alle Sektoren auf. **Hauseigentümer haben ihre Hausaufgaben gemacht, und wir werden unsere Verantwortung auch in Zukunft und ohne Zwang wahrnehmen.**

Wir wehren uns jedoch mit aller Kraft gegen gesetzlich verordnete Massnahmen, die vielleicht gut gemeint sind, aber den Kontext, in dem wir uns bewegen, völlig ausser Acht lassen. **Wir haben nicht genug Strom, um diese Strategie umzusetzen.** Wir müssen pragmatisch sein, das bedeutet, mit klarem Kopf und mit gesundem Menschenverstand agieren. **Die Versorgungssicherheit geht vor, denn teure Stromrechnungen, hohe Wohnkosten und Versorgungs-Blackouts kann niemand wirklich wollen.**

Obwohl die Vertreter der links-grünen Parteien dies gerade in einem Wahljahr und kurz vor der Abstimmung zum Stromfresser-Gesetz nie so kommunizieren werden, haben auch sie erkannt, **dass wir nicht über die Ressourcen verfügen, um in den Wintermonaten den steigenden Strombedarf von immer mehr Wärmepumpen und Elektroautos decken zu können.** Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates hat deswegen einer Motion zugestimmt, die den Bau von kleineren und mittelgrossen Öl- und Gas-Kraftwerken subventionieren will. Der Motion wurde ohne Widerspruch zugestimmt. SP-Fraktionschef Roger Nordmann, Martin Bäumle, Gründungsmitglied der Grünliberalen und der Grüne Bastien Girod sassen, neben acht weiteren Mitgliedern dieser Fraktionen, mit am Kommissionstisch.

Das muss man sich mal bildlich vorstellen: **Die eine Hand will mit dem Stromfresser-Gesetz Heizsysteme mit fossilen Brennstoffen verbieten und die andere Hand subventioniert mit Öl und Gas betriebene Kraftwerke, um den Strombedarf der umweltschonenderen Heizungen zu decken.** Das eigentliche Problem wird darüber hinaus immer grösser, denn Energieproduktion und Energieverbrauch werden gerade in den Wintermonaten immer weiter auseinanderklaffen. Das Bundesgesetz über den Klimaschutz (KIG) wirkt

diesbezüglich geradezu als «Brandbeschleuniger». Die energietechnische Abhängigkeit vom Ausland – wir sprechen aktuell von bis zu 70 Prozent – wird weiter zunehmen. **Die Zeche zahlen die Wohnenden: Hauseigentümer, Stockwerkeigentümer und Mieter.**

Zunehmen werden auch die Wohnkosten. Der Einsatz von Wärmepumpen bedingt meist zusätzliche kostenintensive Anpassungen der Heizungsverteilung sowie der Gebäudehülle. **Neben höheren Stromkosten müssen wir folglich alle auch für den Heizungsersatz und die damit verbundenen weiteren Sanierungskosten aufkommen.** Ein schneller und unkomplizierter Heizungsersatz ist bereits heute aufgrund des Fachkräftemangels und langer Wartelisten bei den Förderbewilligungen kaum mehr möglich. Bei einem Heizungsausfall sind aufwändige und teure Provisorien nötig, um den Engpass zu überbrücken. Auch hier werden die Bürgerinnen und Bürger am Ende die Rechnung zu bezahlen haben. Zusätzliche Subventionen sind weder notwendig noch zielführend, da die Nachfrage das Angebot bereits heute übersteigt.

Ältere Menschen und Familien mit kleinen und mittleren Einkommen werden unter den hohen Strompreisen und den aufgezwungenen Sanierungskosten besonders leiden. Für Wohneigentümer von Gebäuden mit Baujahr 1990 und älter wird das Wohnen durch höhere Stromkosten und staatlich verordnete Gebäudesanierungen gleich doppelt teurer, **was vor allem Senioren im Extremfall zum Zwangsverkauf ihres Eigenheims nötigen kann.** Sogar virtuose Hauseigentümer, Stockwerkeigentümer und Mieter, die bereits heute mit erneuerbarer Energie heizen, müssen – im Falle einer Annahme dieses Gesetzes – **mit massiv teureren Strompreisen und Blackouts rechnen.**

Wer die Welt mit gesundem Menschenverstand und Pragmatismus betrachtet, wird zum Schluss kommen, dass dieses Bundesgesetz über den Klimaschutz überstürzt, unsinnig und teuer ist. Der HEV Schweiz unterstützt die Energiestrategie 2050 nach wie vor. Der Verband sagt aber klar NEIN zum unausgegorenen Stromfresser-Gesetz und **empfiehlt deshalb, an der Volksabstimmung vom 18. Juni 2023 zum untauglichen KIG-Gesetz ein NEIN in die Urne zu legen.**